

Kleine Anfrage 4195

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Freie Ufer

Seit Jahren gibt es an den Brandenburger Erholungsgewässern Querelen zu den freien Uferzugängen und der Betretbarkeit der Uferzonen durch jedermann. Viele Kommunen fühlen sich oft allein gelassen bzw. scheuen den hohen Verwaltungsaufwand hinsichtlich Gerichtsverfahren zur Feststellung von Betretungsrechten. So werden keine Feststellungsklagen zu freien Landschaften in Landschaftsschutzgebieten wie am Groß Glienicker See oder zu Wegerechten von jahrhundertealten Treidelwegen an der Spree in Trebatsch (Gewohnheitsrechte) geführt. Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass die Bestimmung des Art. 40 Abs. 3 Landesverfassung vielfach auf Erfüllung wartet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was waren die Motive zur Schaffung des § 24 Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz?
2. Wie oft und wo wurde die Satzungsermächtigungsgrundlage durch die Kommunen als Satzungsgeber bisher in Brandenburg genutzt?
3. Wie will die Landesregierung das Verfassungsziel des Art. 40 Abs. 3 frei zugänglicher Ufer auch an Brandenburger Erholungsgewässern erfüllen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Nutzungsgrad der Ermächtigungsgrundlage gem. Frage 3?
5. Sieht die Landesregierung einen weitergehenden Handlungsbedarf, um das Verfassungsziel zu erreichen?
6. Was könnte die Landesregierung noch mehr tun, um das Verfassungsziel wirksamer zu erreichen?
7. Was kann getan werden, um handlungsunwillige Hauptverwaltungsbeamte dazu zu bewegen, in Privateigentum befindliche Uferbereiche, die die Merkmale freier Landschaften erfüllen, für das Gemeinwohl nutzbar zu machen?

8. Was unternimmt die Landesregierung gegen die vielen von Bürgern beklagten Rechtsdurchsetzungsdefizite der Naturschutzregelungen an Ufern z. B. des Groß Glienicker Sees und der Spreeufer bei Trebatsch?